

Deutschland nach 1945**Aufgaben**

1. Fassen Sie zusammen, auf was sich die Siegermächte bei der Potsdamer Konferenz einigten (Beschlüsse und Leitgedanken). (5 VP)
2. Prüfen Sie, inwieweit die Kabinettsvorlage des britischen Außenministers Bevin den Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz entspricht. (5 VP)
3. Skizzieren Sie die Entwicklung in der SBZ mit Ereignissen und Erläuterungen, die erklären, warum Bevin sich für eine politische Kursänderung ausspricht. (7 VP)
4. Erläutern Sie, welche Richtung England und die westlichen Alliierten in ihrer Deutschlandpolitik dann einschlugen. Gehen Sie dabei auf wesentliche Entscheidungen zwischen 1947 und 1949 ein, die sich auf die Westzonen Deutschlands auswirkten. (7 VP)
5. Zeigen Sie die weitere außenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bis 1955 auf. Erläutern Sie, welche Interessen auf Seiten der Bundesregierung dabei wirksam waren. (8 VP)

Aus einer geheimen Kabinettsvorlage des britischen Außenministers Ernest Bevin vom 3.5.1946

„[...]“

2. Bis vor wenigen Monaten waren wir der Meinung, das deutsche Problem beschränke sich einzig und allein auf Deutschland selbst und es gehe nur darum, den besten Weg zu finden, den Wiederaufstieg Deutschlands zu einer starken, aggressiven Macht zu verhindern. Zeitweilig wurde besonderer Nachdruck auf die Umerziehung gelegt, in der Regel ging es jedoch um Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen. Dieses Ziel kann selbstverständlich nicht aufgegeben werden, ist es doch eines, was wir mit den Russen gemeinsam verfolgen. Aber es kann nicht länger als unser einziges oder sogar wichtigstes Ziel betrachtet werden. Denn die russische Gefahr ist inzwischen mit Sicherheit genau so groß, möglicherweise aber noch größer als die Gefahr eines wiedererstarkten Deutschland. Am schlimmsten aber wäre ein wiedererstarktes Deutschland, das gemeinsame Sache mit Rußland macht oder von ihm beherrscht würde. Dadurch wird natürlich ein Problem, das schon kompliziert genug ist, noch sehr viel komplizierter.
Es geht darum, Schritte zu vermeiden, die die Deutschen auf Dauer von uns entfremden und in die Arme Rußlands treiben. Es geht darum, Flagge zu zeigen und nicht den Eindruck zu erwecken, als ob Rußland, wenn es zur Sache geht, in Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland immer das erreicht, was es will. Es geht darum, die Probleme in unserer Zone nicht weniger konstruktiv anzupacken als die Russen in ihrer Zone lauthals verkünden. Und es geht vor allen Dingen darum, einen einigermaßen hohen Lebensstandard in Westdeutschland aufrechtzuerhalten, um die Kommunisten daran zu hindern, daß sie die wirtschaftliche Not, die die Bevölkerung leidet, zu ihrem Vorteil ausnutzen.
6. Vorausgesetzt, wir sind nicht bereit, Rußland das Feld (in Deutschland) zu überlassen, dann ergibt sich die Frage, womit uns am besten gedient ist: an der in Potsdam festgelegten Politik festzuhalten und sie weiterzuentwickeln oder sie über Bord zu werfen und unsere Zone, unabhängig von den übrigen Zonen, allein nach unseren Vorstellungen zu organisieren und, soweit es uns möglich ist, die übrigen westlichen Zonen miteinzubinden. [...]

(Zitiert nach: Rolf Steiniger, *Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Bd. 1, Frankfurt/Main 1983, S. 188 f.*)

1. Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 einigten sich die 'großen Drei' (Truman von den USA, Churchill ^{/Attlee} GB und Stalin SU) auf folgende Beschlüsse bzw. Leitgedanken:
- D. sollte in vier Besatzungszonen unterteilt werden, welche jeweils einem Oberbefehlshaber der jeweiligen Besatzungsmacht unterstand. Die Oberbefehlshaber besaßen die Exekutivgewalt außerdem wurde zur Verwaltung ein Kontrollrat errichtet.
 - Berlin wurde ebenfalls in vier Zonen unterteilt und einem Stadtkomitee unterstellt.
 - Es wurden Reparationszahlungen in Höhe von 20 Mia \$ angesetzt, davon sollten 10 Mia an die SU gehen.
 - Die Curzon-Linie wurde als Grenzlinie zwischen Polen u. der SU vereinbart. (Gebietsabtritte auf Seiten Polens sollten auf Kosten D ersetzt werden.)
 - D sollte darüber hinaus als einheitlicher Wirtschafts- und Währungsraum angesehen werden und die gleiche Behandlung durch die Besatzer erfahren.
 - Außerdem sollte D. denazifiziert (die Bestrafung von Kriegsverbrechen z.B. Nürnberger Prozesse und Verbot der NSDAP), demilitarisiert und damit auch die Rüstungsindustrie demontiert sowie das Ruhrgebiet kontrolliert werden.
 - Ein weiterer Punkt war die Dekartellisierung, d.h. die Entflechtung von Industrie und Großbetrieben und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens (es sollte D. auch seine Schuld u. Verantwortung deutlich gemacht werden)

S. 0.

- Die Industrie sollte des weiteren dezentralisiert werden um die Wirtschaftskraft zu schwächen. Es war zudem nur Friedens- und Landwirtschaft für den inneren Bedarf erlaubt.

S. 0.

- Die Reparationen sollten für D tragbar sein

S. 0.

- es wurde bis zu weiteren Beschlüssen die Oder-Neiße Grenze zwischen D und Polen vereinbart und eine vorläufige polnische Regierung eingesetzt.

- Deutsche sollten aus Osteuropa auf ordnungsgemäße und humane Weise zurück nach D überführt werden.

⇒ einige dieser Beschlüsse u. Leitgedanken wurden bereits in der Kriegskonferenz in Jalta 4-11. Feb. 1945 vereinbart.

S + 1/2 SD

2. Die Kabinettsvorlage Bevins entspricht in so fern der Potsdamer Konferenz, als dass Großbritannien genau wie die anderen Siegermächte versucht einen „Wiederaufstieg Deutschlands“ (Z. 2) zu verhindern. Dies geschieht durch Maßnahmen wie sie in

zu einer aggressiven Macht

der Potsdamer Konferenz dargelegt wurden z.B der Entmilitarisierung und der totalen Entflechtung der deutschen Wirtschaft. Auch wird versucht den Nationalsozialismus zu vernichten, die deutschen also „umzuerziehen“, was in der Regel aber ebenfalls einer „Kontroll und Sicherheitsmaßnahme“ (Z. 4) entspricht.

Dies Entnazifizierung und Kontrolle von D haben GB und die SU gemeinsam. Der Außenminister GB Bevin stellt nun aber ein weiteres Problem in den Vordergrund: „die russische Gefahr“ (Z. 7) am schlimmsten wäre jedoch ein Zusammenschluss bzw „gemeinsame Sache“ (Z. 9) von D und der SU.

1/2

Deshalb ist der Außenminister der Meinung, man dürfe keine Schritte unternehmen, welche D bzw primär ihre Besatzungszone von den Westmächten entfremde.

Wende
SU ke
Partner mehr

Was nun gegen die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz verstößt, ist die Tatsache das GB ihre Zone nun weitgehend nach ihren eigenen Vorstellungen konzipieren will. Der Lebensstandard in ihrer Zone soll aufrecht erhalten werden um einen Verfall der Zone an die sowjetische Macht zu verhindern. Dadurch wird aber vor allem der Beschluss zur homogenen Behandlung ganz D. gebrochen. GB entschließt sich „die Potsdamer Politik über Bord zu werfen“ (Z. 23) und ihre Zone nach ihren Vorstellungen zu organisieren, bzw die ^{westlichen} anderen Zonen „so weit wie möglich miteinzubinden“ (Z. 25). Das Misstrauen gegen die SU welches GB schon seit Beginn der Verhandlungen hegt führt nun eindeutig zum Plan einer Trennung der Besatzungszonen (durch Wohlstand, Industrie). Dadurch wird D. nicht mehr als Ganzes behandelt und der Potsdamer Konferenz widersprochen. Allerdings war bereits der „Package Deal“ (Befriedigung der Reparationszahlung jeder Macht in ihrer Zone) der Beginn der Ausbildung einer Wohlstandsgrenze. Auch die USA hatten zudem im Jan '46 ihr Misstrauen gegen die SU ausgesprochen und beschlossen ihre Zone genau wie GB nach ihren Wünschen zu gestalten.

hoher Lebensstandard
Weststaat als
Prellbock gegen
SU (Kernan)

1

+ 1/2
↳ genauer ... → Weststaat

3,5

3. Die SU beutete ihre Zone (SBZ) ^{rückwärtslos} schamlos aus. Nach 1950 arbeiteten 25% aller Menschen in der SBZ für die SU. Außerdem entnahm die SU insgesamt ca. 20 Mrd. \$ durch (Demontage, Entnahme, Arbeiter, Berg- und Schiffsbau). Es wurde schritt für schritt eine sowjetisierung der SBZ nach Vorbild der SU durchgeführt. Es wurden zuerst Banken verstaatlicht, später eine Bodenreform durchgeführt (Junckerland in Bauerland). Die Großgrundbesitzer wurden enteignet und das Land an 500 000 Kleinbauern und Flüchtlinge verteilt. Dies war aber nur die

+

1

1/2

1/2

1/2

Vorstufe zur Kollektivierung der Landwirtschaft, welche 1952 durchgeführt wurde. Außerdem wurden deutsche, stalin-treue Kommunisten in die SBZ geschickt um beim Wiederaufbau mitzuwirken. Die erste Gruppe unter Ulbricht war in Berlin, eine weitere Gruppe (unter Anton Ackermann) im Saarland und eine letzte Gruppe in Mecklenburg-Pommern stationiert. Ihr Ziel war es alles „demokratisch aussehen zu lassen aber trotzdem in der Hand zu haben“, deshalb besetzten sie vor allem Ämter in der Polizei und behielten sich Rechte bei Personalfragen und Bildung vor. Es durften in der SBZ auch Parteien gegründet werden. Es gründeten sich: UPD, SPD, Ost-CDU und LDPD und schlossen sich zum Antifa-Bloch zusammen. Auch wurde der deutsche Gewerkschaftsbund gegründet.

Abschaffung des Kapitalismus wurde durch weitere Reformen (Industrie-reform) und damit der Enteignung und Verstaatlichung v. Betrieben und Industrien vorangetrieben. Es wurde ebenfalls die gesamte Elite in Bildung, Verwaltung, Politik und Wirtschaft ausgetauscht um eine Umwälzung der Gesellschaft zu erreichen und das Erstarken der Arbeiterklasse zu fördern. Die Bildungsreform brachte ein einheitliches Bildungssystem. Die Entnazifizierung wurde in UZ durchgeführt wo nicht nur Nazis sondern auch 100.000 Oppositionelle und Parteigegner misshandelt u. interniert wurden.

Der Zusammenschluss von SPD und UPD zu SED (die SPD wurde gezwungen, da die UPD aus ihrer Isolierung herauskommen und mehr Wählerstimmen gewinnen wollte), welche mit unappet^{absoluter} Mehrheit gewählt wurde, brachte den Einparteistaat. Oppositionelle wurden verfolgt, es gab somit keine rechtsstaat-lichkeit bzw. gewaltenteilung. Die Westmächte darunter auch Britain erkennen die grundsätzlichen Interessens-konflikte zwischen der SU und GB bzw. USA.

Sie sind nicht nur polit./ökonomisch gegen die schrittweise Einführung des Kommunismus (wie in der SBZ praktiziert) sondern sehen auch ideologische Differenzen. Da die Entwicklung der SBZ (Einparteiestaat hin zum Kommunismus) nicht der GB entspricht, entschließt Bevin einen anderen Weg einzuschlagen und keine weiteren Kompromisse mit der SU einzugehen.

4. Nach der Rede des US-Außenminister Byrnes und damit der Wende in der Deutschlandpolitik, Schlossens sich am 1.1.1947 GB und die USA zu einer Bizone zusammen. Es wurde laut der amerikanischen Containment-Politik (Eindämmungspolitik) der Marshall-Plan (zur Wiederaufbauhilfe Westeuropas und der Westzone D.) und die Truman-Doktrin (zum Zusammenschluss gegen den Kommunismus und dadurch milit. und wirtschaftliche Unterstützung durch die USA) verabschiedet. Im März trat auch Frankreich der Bizone bei (es bildete sich eine Trizone). Am 21. Juni 1948 wurde in D eine Währungsreform durchgeführt (die Scheine wurden heimlich in den USA gedruckt). Damit wurde allerdings die Spaltung D. beschleunigt und wirtschaftlich zementiert. Als Reaktion darauf sperrte die SBZ alle Land- und Wasserwege nach Berlin. Der Offizier Caine verordnete eine Luftbrücke welche mithilfe von „Rosinenbomben“ jede 3 Minuten Lebensmittel und Kohle nach Berlin flogen. Durch diese Hilfe der USA kippte die Stimmung in der Westzone und die USA bzw. die Besatzer wurden als „Helfer“ akzeptiert. Am 1. Juli beauftragte daraufhin die Westmächte die dt. Ministerpräsidenten eine Verfassung auszuarbeiten. Die Frankfurter Dokumente besagten allerdings ebenfalls eine Neuordnung

der Länder und weiterhin ein Mitspracherecht der USA, GB und F
 in außenpolitischen Fragen, der Überwachung des Ruhrgebiets,
 Rüstung sowie Eingriffe in die Regierung im Notfall (Besatzungs-
 statut). Der antifaschistische Rechtsstaat ^{BRD} und die neuen Grundgesetze
 traten am 8. Mai 1949 in Kraft. Die westl. Alliierten gaben
 D somit ein Stück der Souveränität und Identität zurück,
 behielten sich aber die Kontrolle vor und zementierten die
 letztendliche Trennung von den USA. Ziel der westl. Alliierten
 war eine ökon und sozialer Stärkung der Westzone (im Sinne
 der Eindämmungspolitik) um D als Pufferzone gegen die
 Sowjets einzusetzen und die Westzone gegen den Kommunismus
 zu stärken.

5. Ab der Gründung der Bundesrepublik D. wurden sowohl
 die BRD als auch die DDR in Bündnisse⁺ mitein-
 bezogen. (Die BRD 1952 in die EG⁺ und 1955 in
 die Nato⁺ und die DDR 1950 in Comecon 1956 in⁺
 den Warschauer Pakt). Da das Verhältnis zwischen USA
 und SU sich immer weiter verschärfte (Sowjetisierung des
 Ostens und erste ^{sowj.} Atombombe am 25. Sept 1949) kam es
 1950 zum Ausbruch eines Stellvertreterkrieges in Korea⁺.
 Dieser Krieg förderte D. Wirtschaft (Wirtschaftswunder). Erhart
 hatte auf eine freie Marktwirtschaft (niedrige Löhne und
 große Investitionsabschreibungen) gebaut um D. wieder
 wirtsch. zu stärken. Trotz soz. Leistungen (Sozialversicherung,
 Montanbestimmung, Einkommensausgleich) und der Währungsreform
 gab es allerdings immer wieder Rückschläge (v.a.
 Arbeitslosigkeit). Durch den Koreakrieg wurde das Brutto-
 sozialprodukt allerdings um die Hälfte gesteigert und
 das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst. Erhart hatte

+ + genauer
 BRD als Bündnis
 Mitglied

7

sich somit für das richtige System entschieden. Da es durch den Koreakrieg auch zur Angst vor einem dritten Weltkrieg kam, nutzte Adenauer diese Chance und forderte die Integration D. (Westintegration) und seine Wiederbewaffnung. Er wollte damit die Souveränität D wiedererlangen und den Hebel zur Gleichberechtigung nutzen. Außerdem wollte er die Abschaffung des Besatzungsstatuts durch Zusicherung eines Wehrbetrags erreichen. 1950 setzten dann auch Verhandlungen über einen EVG-Vertrag zur europ. Verteidigung an (D Truppen unter Kontrolle). Als 1952 die Stalinnote an die BRD gerichtet wurde, sah Adenauer die als Störung der EVG Verhandlungen. Stalin meinte die Note allerdings ernst und setzte die DDR auf's Spiel um eine Reintegration des bewaffneten D in ein Westbündnis zu verhindern. Auch für die USA wäre zu diesem Zeitpunkt D zu wichtig gewesen, als dass sie den Vertrag (Neutrales D, Wiederbewaffnung) gebilligt hätten. Deshalb wurde die Note abgelehnt. Auch die EVG Verhandlungen schiciferten 1954. Im Oktober betrieb USA eine doppelte Eindämmungspolitik, indem sie D integrierten (Pariser Verträge) ^{traten 1955 in Kraft} und kontrollierten und die SU damit eindämmten. Die Pariser Verträge beinhalteten einen Deutschlandvertrag (Gewisse Rechte zum Eingriff der Alliierten in BRD) ^{→ Berlin → Wiedervereinigung → Atomwaffen} einen Truppenstationierungsvertrag, eine Regelung über das Saarland, sowie die Aufnahme Deutschlands in ~~UNO~~ und in die Nato (Unterstellung der Truppen). Damit war die Westintegration D erreicht. Adenauer wollte sich nun der Normalisierung des Verhältnisses zur SU zuwenden. Die BRD war im Vergleich zur DDR, also sowohl wirtschaftlich wieder Aufgestiegen, als auch wieder Gleichberechtigt in westliche Staatenbündnisse integriert (erhielt Souveränität und Identität zurück). Das Interesse der Bundesregierung war somit eine Westintegration (privär)

Seit 1946 + +
12 Landern
das West-
Westintegration

und keine Wiedervereinigung (in erster Linie) → laufendes

→ Benennung: Sicherheitsinteresse (nach Erfüllung Berz. Stockede)

+

7